



Stellungnahme der Bürgerinitiative „Rettet den Schulhof“ zur Haltung der Direktion des Gymnasiums betreffend das Garagenprojekt, veröffentlicht auf der Homepage des Gymnasiums am 23.1.2012:

Wir teilen die Befürchtungen der Frau Direktor, dass der Schulbetrieb durch den Garagenbau massiv gestört werden würde, voll und ganz. Wir haben uns daher zum Ziel gesetzt, diesen Garagenbau endgültig zu verhindern.

Die von der Direktion genannten Verbesserungen für die Schule sind unabhängig vom Garagenbau nötig.

- Der Betrieb von Ganztagsklassen erfordert nun einmal ein zusätzliches Raumangebot, das einen Zubau nötig macht. Dies ist die Konsequenz daraus, dass die frühere Regierung die Liegenschaften in der Hernalser Hauptstraße 59-63, die als Schulerweiterungsgebiet gewidmet waren, zum Zwecke der Budgetsanierung veräußert hat.
- Ebenso erscheint es uns selbstverständlich, dass für die Kinder am Nachmittag eine moderne Spielplatzeinrichtung zur Verfügung steht.
- Notwendige Sanierungen in der Schule selbst, z.B. die seit vielen Jahren dringend erforderliche Sanierung der WC-Anlagen, haben überhaupt nichts mit dem Garagenbau zu tun.
- Ein etwas breiterer Gehsteig in der Geblergasse ist sicher angenehm, allerdings fallen dadurch an der Oberfläche Parkplätze weg, die gleichzeitig unter der Erde teuer geschaffen werden. Die Gehsteigverbreiterung könnte ohne Verlust von Stellplätzen auch durch die Beanspruchung des derzeit vorhandenen Grünstreifens erfolgen, der ohnedies durch Hundekot so stark verunreinigt ist, dass die anschließenden Schulklassen ihre Fenster besser geschlossen halten.

Völlig richtig sind die Ausführungen der Direktion, dass die Projektbetreiber immer wieder Zusagen nicht eingehalten haben und vor allem auch im Zuge der AnrainerInnenbefragung unrichtige Informationen in Umlauf gebracht haben, um diese Abstimmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Mehrfach wechselnde Personen im Vorstand der Betreibergesellschaft HH 59 konnten auch nicht dazu beitragen, Vertrauen in die Zusagen dieser Gesellschaft aufzubauen.

Der Widerstand gegen die Garage ist dadurch gewachsen und wächst weiter! So hat sich nun auch der Elterverein der nahegelegenen Volksschule Kindermannngasse unseren Protesten angeschlossen.



Im Gegensatz zur Direktion rechnen wir nicht so schnell mit der Erteilung eines Baubescheides. Bei der Bauverhandlung am 16.11.2011 hat sich gezeigt, dass noch viele Fragen offen sind.

Seit Beginn der Planungsphase der Garage haben sich die Voraussetzungen stark verändert:

- Es sind mehrere weitere Wohnsammelgaragen an weit weniger sensiblen Standorten in Planung, und zwar am sogenannten Hernalser Spitz nächst der U-Bahn-Station Josefstädterstraße, auf der Ottakringerstraße unter dem ehemaligen Cosmos-Parkplatz und unter dem Parkplatz des Postsportplatzes. Private Stellplätze sollen im Zuge des Neubaus am ehemaligen Mazda-Hahn-Gelände Ecke Rötzergrasse-Lacknergasse und beim Bauvorhaben Ecke Hernalser Hauptstraße-Weißgasse geschaffen werden.
- Zusätzlich wird die Parkplatznot in Hernals schon ab Herbst 2012 durch die Einführung des Parkpickerls deutlich entschärft werden. Laut einer von der Stadt beauftragten Studie ist mit 30-40% mehr Parkplätzen zu rechnen, wenn Pendler aus Niederösterreich und Parkpickerlflüchtlinge aus dem 8. und 9. Bezirk nicht mehr die Parkplätze in Hernals belegen.
- Gemäß jüngsten Verkehrszählungen ist der Pendlerverkehr nach Wien in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen. Grund dürfte vor allem der hohe Spritpreis sein. Die Wiener Linien verkauften im Jänner 2012 um 11.000 Jahresnetzkarten mehr als in den vergangenen Jahren (Bericht im KURIER 28.1.2012).

Der Bau der Garage unter dem Schulhof ist daher noch weit weniger nötig als bisher!

Wir haben Verständnis für die Parkplatznöte der Anrainer, die geplante Garage würde aber die bestehende Situation nicht verbessern. Es sind nämlich nicht die Hernalserinnen und Hernalser, die abends die Parkplätze verstellen, sondern die Besucher diverser Veranstaltungen, insbesondere im Metropol, der Kalvarienbergkirche, der Tanzschule, der PÖ und der diversen Lokale im diesem Bereich. Diese Besucher kommen umso eher mit dem Auto, wenn sie sicher sein können, dass ihnen eine Garage zur Verfügung steht, falls sie keinen Parkplatz finden. Zuerst verstellen sie aber selbstverständlich alle vorhandenen Parkplätze auf der Straße, denn niemand gibt gern unnötig Geld aus.

Dauerparkplätze sind im Zentralraum Hernals schon derzeit durchaus in ausreichender Zahl anzumieten, die Preise liegen nur wenig über den Preisen in der Wohnsammelgarage. Dies mit dem Vorteil eines fixen Stellplatzes, in der Wohnsammelgarage erhält man keinen festen Stellplatz, sondern muss sich im Untergrund auf Stellplatzsuche begeben.



Für die Stellplatzversorgung der Anrainer bringt die geplante Garage daher keine Verbesserung.

Wir fragen uns, wer von diesem Bau so profitiert, dass ungeachtet der Tatsache, dass die Garage immer weniger notwendig wird, an diesem Projekt festgehalten wird. Es hat den Anschein, dass eine kleine Gruppe privater Investoren, die gleichzeitig die Häuser Hernalser Hauptstraße 59-61 saniert und auf der Liegenschaft Hernalser Hauptstraße 63 ein Haus neu errichtet (dort soll sich dann auch die Garageneinfahrt befinden) und andererseits Gesellschafter der Garagenbetreibergesellschaft ist, so unter Verwendung von 5,8 Millionen Euro an Fördermitteln eine Tiefgarage unter dem Schulhof errichten kann. Die Existenz dieser Garage ist für eine aussichtsreiche Vermarktung der neu geschaffenen Wohneinheiten sehr wichtig. Die derzeit für die Erreichung der Baubewilligung für diese Wohnungsbauten in der Nähe „angemieteten“ Pflichtstellplätze existieren nur auf dem Papier, für die erfolgreiche Vermietung der Wohnungen braucht es wirkliche Garagenplätze.

Solche Einzelinteressen müssen den Interessen von 670 Schülern und Lehrern, die durch den Bau und den Betrieb der Garage massiv beeinträchtigt werden, hintangestellt werden. Dies umso mehr, als seit Jänner 2011 die Kinderrechte in die Verfassung aufgenommen wurden, die unter anderem vorsehen, dass bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen die Rechte der Kinder Vorrang haben.

Die von der Direktion vorgeschlagenen Verhandlungen halten wir aufgrund der bisherigen Erfahrungen nicht für zielführend. Es wurden bereits in der Vergangenheit immer wieder Zusagen gemacht, die nicht eingehalten wurden. Auch ist es bisher nicht gelungen, Zusagen in einer tatsächlich rechtlich so verbindlichen Form zu erhalten, dass sie später auch wirklich durchgesetzt werden könnten. Solche Vereinbarungen könnten durchsetzbar nur zwischen der Bundesimmobiliengesellschaft und der Betreibergesellschaft abgeschlossen werden, die Schule hätte keinen Einfluss auf die spätere Durchsetzung dieser Vereinbarungen. Dazu scheint aber einfach der politische Wille zu fehlen. Letztlich sind solche Vereinbarungen auch nur dann exekutierbar, wenn der Vertragspartner ausreichend finanzkräftig ist. Im Falle einer Insolvenz der Betreibergesellschaft nützen sie uns überhaupt nichts.

Wir werden daher an unserem Vorhaben festhalten, den Bau der Garage endgültig zu verhindern. Dazu sind uns alle Mittel des demokratischen Rechtsstaates recht. Das heißt, wir werden sowohl alle rechtlichen Mittel im Bau- und Betriebsanlagengenehmigungsverfahren ausschöpfen als auch die demokratischen Instrumente der Versammlungs-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit nutzen. In diesem Zusammenhang von einer Eskalation zu sprechen, erscheint uns völlig unangebracht.